

Die Akte Ramiswil: Eine Chronik des Scheiterns

Tierschutzfall Der Solothurner Veterinärdienst liess im letzten November 122 Hunde einschläfern. Jetzt zeigt der Untersuchungsbericht: Auf dem Hof herrschten schon lange miserable Zustände, und sie waren der Tierschutzbehörde bekannt.

Claudia Blumer

Es war ein Tierschutzfall, wie es ihn in der Schweiz wohl noch nie gegeben hat. Am 6. November liess der Solothurner Veterinärdienst 122 Hunde einschläfern, gegen die Tierhalterin wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die allgemeine Bestürzung war gross.

Doch schon lange vorher herrschten auf dem Hof miserable Zustände, und die Behörden wussten es. Der Regierungsrat beauftragte das Anwaltsbüro Kellerhals Carrard, den Fall zu untersuchen, und publizierte Anfang Juli 2026 den Bericht. Das Fazit: Die Behörden haben Fehler gemacht, sind aber auch Opfer einer «gezielten Täuschung» geworden. Das zuständige Departement ist noch immer mit der Analyse des Berichts beschäftigt und hat Massnahmen angekündigt, damit sich ein Fall Ramiswil nicht wiederholt.

Anfang 2024 übernahm die Mittfünfziglerin M.B. den Bodenhof in Ramiswil SO. Schon vorher war sie in Bern und Freiburg mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Die Solothurner Tierschutzbehörden wussten davon. Einmal ging es um vernachlässigte Hunde. Ein anderes Mal kontrollierte das Berner Veterinäramt einen Hof von M.B. und fand dort in einer unbeleuchteten Unterkunft rund ein Dutzend Ziegen, zwei Rinder und acht Pferde. Das Amt konstatierte «schwere Verstösse» gegen das Tierschutzgesetz, erwog eine Strafanzeige und wollte die Tiere beschlagnahmen. Weil M.B. versicherte, die Tierhaltung sei nur provisorisch, bis sie den Hof in Ramiswil beziehen könne, sahen die Berner Behörden von einer Beschlagnahmung ab. Sie informierten den Veterinärdienst in Solothurn.

Trotz des Wissens um die Vorgeschiede begegneten die Solothurner Veterinärbehörden der Frau mit «Wohlwollen», wie im Bericht steht. Der Tierbestand war noch überschaubar, und die achtfache Mutter und ETH-Lebensmittellingenieurin machte einen guten Eindruck, so gaben es die Mitarbeitenden der Solothurner Behörden rückblickend zu Protokoll. Sie habe mit einem innovativen Konzept für die Produktion von Stutenmilch als Baby-nahrung überzeugt.

Pferdehaltung wegen Morast «grenzwertig»

Bald schon kontrastierte das Bild der seriösen und wissenschaftlich fundierten Landwirtin mit der Realität auf dem Hof. Schon im Januar und Februar 2024 gingen erste anonyme Meldungen beim Veterinärdienst ein. Die Tiere seien in schlechtem Zustand, es mangle an Hygiene und Auslauf, hiess es.

Nach einer ersten Kontrolle durch die externe Firma Agrocontroll im März 2024 meldete diese dem Veterinärdienst: Die Hofbesitzerin habe den Termin mit Verweis auf Verpflichtungen verschieben wollen, aber der wahre Grund für den Verschlebungswunsch sei wohl gewesen, dass sie «das Chaos auf dem Hof zuerst einermassen in den Griff» habe bekommen wollen. Die Pferdehaltung sei wegen zu viel Morast grenzwertig, schrieben die Kontrolleure, die Tiere seien aber wohl auf. Für die Zucht

von 35 Herdenschutzhunden seien die Gehege vermutlich zu klein.

Plötzlich waren da 35 Hunde. Eigentlich hatte M.B. eine Stutenmilch-Produktion aufziehen wollen.

Was in den folgenden Monaten bis zur Eskalation Ende 2025 geschah, liest sich wie ein endloses, tragisches Bühnenstück. Da ist auf der einen Seite eine Tierhalterin, die immer mehr Tiere sammelte, diese vernachlässigte und es immer wieder schaffte, die tatsächliche Situation auf dem Hof zu verschleiern und die Behörden im Glauben zu lassen, sie entwickle sich zum Guten. Ihr Verhalten wird im Bericht als «unehrlich und manipulativ» bezeichnet.

Doch auch der Veterinärdienst kommt nicht gut weg. Ihm wird zwar ein «aussergewöhnliches Engagement für das Tierwohl» attestiert. Doch die Behörde war überfordert und gegenüber der Tierhalterin «unter den gegebenen Umständen gutgläubig».

Abgemagerte und tote Tiere in Ramiswil

Im März 2024 beschwerte sich ein Bauer, die Pferde von M.B. würden auf seiner Wiese Gras fressen und ihre rund 30 Hunde verdecken sein Land. Die Hofbesitzerin beschwichtigte gegenüber dem Veterinärdienst: Sie plane, die Welpen abzugeben, die Zahl ihrer Hunde wolle sie langfristig massiv reduzieren. Sie sei selber der Meinung, es seien zu viele Tiere auf dem Hof.

Bei einer unangemeldeten Nachkontrolle des Veterinärdienstes im Mai 2024 hielt M.B. nicht mehr nur 35 Hunde wie noch im März, sondern bereits 46, und dazu einen Welpenwurf. Obwohl M.B. zuvor gesagt hatte, sie reduziere den Bestand. Eine Person, welche die Nachkontrolle begleitet hat, nahm gemäss Aktennotiz «zwei Shetlandpony-Stuten und ein totes Fohlen» mit. Es hatte nun auch Schafe auf dem Hof, diese seien «brandmagere». Ein Schaf sei an Milchfluss und Nahrungsmangel gestorben.

M.B. hatte dafür Erklärungen. Sie habe eine «heftige allergische Reaktion auf ein Medikament» erlitten, zu dem habe es bei den Tieren Geburtenprobleme gegeben. Zwei der mageren Pferde hätten Magengeschwüre, die würden aber behandelt. Wieder beteuerte sie, sie wolle den Tierbestand deutlich reduzieren. Sie fände maximal 25 bis 30 Hunde eine gute Grösse, habe sie laut Bericht gesagt.

Drei Monate später, im August 2024, gingen nach einer Fohlenschau in der Gegend mehrere Meldungen beim Veterinärdienst ein: Die Stuten und Fohlen von M.B. seien zu mager und würden nicht gepflegt, hiess es. Und im September 2024 informierte Agrocontroll den Veterinärdienst erneut: Landwirte hätten sich an einer Viehschau über den Hof von M.B. ausgetauscht und beabsichtigten, den Tierschutz einzuschalten, «falls nichts passiert». «Uns ist bewusst, dass der Betrieb ein Ulverfass ist», schrieb daraufhin jemand von der Behörde. Massnahmen seien angeordnet, die nächste Kontrolle sei in Planung.

Wie ist es möglich, dass die Behörden M.B. trotz dieser frühen und eindeutigen Alarmsignale fast zwei Jahre gewähren liess? Ende 2024, ein Jahr



Collage: Jürg Candrian / Fotos: Raphael Moser, Screenshots SRF, «Schweiz heute», Kanton Solothurn

nach ihrem Zuzug, seien dem Veterinärdienst «kumulierte Auffälligkeiten» vorgelegen, heisst es im Bericht. Unter anderem habe sich abgezeichnet, dass M.B. ein «Satellitensystem» mit Helferpersonen betrieb, um ihre Bilanz in der schweizweiten Hundedatenbank Amicus zu schönen. Tiere wurden temporär verschoben und umgeschrieben – gegenüber den Behörden sprach M.B. von «Probewohnen» –, womit sie erreichte, dass weniger Hunde auf sie eingetragen waren, als tatsächlich auf dem Hof lebten.

Ab Januar 2025 durfte sie gemäss einer Verfügung des Veterinärdienstes nur noch 25 erwachsene Hunde halten – sowie einen Welpenwurf auf Mal. Doch die Umsetzung konnten die Behörden nicht kontrollieren. Der Grund: Für eine effektive Kontrolle braucht es unangemeldete Besuche, und die waren ab Januar 2025 kaum noch möglich. Die zahlreichen frei laufenden Herdenschutzhunde auf dem Hof verhielten sich teilweise aggressiv. M.B. bestand gegenüber dem Veterinärdienst auf einem Termin, weil sie meistens abwesend sei und ihre Helfer die Hunde nicht im Griff hätten. Sie übernehme «keine Verantwortung» für den Fall, dass fremde Personen das Areal beträten.

Mehr als einmal versuchte der Veterinärdienst dennoch, den Hof unangemeldet zu kontrollieren, kehrte aber angesichts der Hunde wieder um.

Das hätte der Veterinärdienst nicht tolerieren dürfen, heisst es im Bericht. Die unangemeldeten Kontrollen seien ein wichtiges Instrument der Tierschutzbehörden, dass die Behörde der Frau immer noch Vertrauen entgegenbrachte, sei «eher erstaunlich».

Ende Oktober 2024 reichte der Veterinärdienst bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn Strafanzeige gegen M.B. wegen Widerhandlung gegen das Tierschutzgesetz ein – ein halbes Jahr nachdem die Mängel im März festgestellt worden waren. Die Pferdeställe seien schmutzig, und die Ausläufe stark morastig, was die Pferde überfordere, hiess es in der Anzeige. Dasselbe in den Hunde-



Bild des Grauens: Getötete Hunde vom Bodenhof. Foto: «Schweiz heute»

gehegen, wo sich «Hundekot mit dem morastigen Naturboden» vermische.

Expertin: «Gerichte fallen Behörden oft in den Rücken»

Die Zurückhaltung der Behörden wird im Bericht so erklärt: Zum einen seien die Behördenmitarbeiter von M.B. immer wieder getäuscht worden. Weiter habe das Dossier enorme Ressourcen beansprucht, und die allgemeine Arbeitslast sei gemessen am Personalbestand ohnehin gross gewesen. Ebenfalls eine Rolle spielte allem Anschein nach, dass der Veterinärdienst keinen Rechtsstreit mit der Tierhalterin riskieren wollte.

Nach Ansicht der Tierrechtsexpertin Marie-Lou Laissue, Mitarbeiterin bei «Tier im Recht», waren diese Bedenken begründet. «Die Gerichte fallen oft jenen Behörden in den Rücken, die schneller und härter durchgreifen – indem sie das behördliche Vorgehen als unverhältnismässig kritisieren».

Deswegen würden heute die gesetzlichen Möglichkeiten, Tieren effektiv zu helfen, oft nicht ausgeschöpft. Nicht die gesetzlichen Grundlagen müssten verschärft werden, sondern die Anwendung. Mit Blick auf das Gesetz hätten die Behörden Ramiswil durchaus früh mit harten Massnahmen eingreifen können, etwa mit der

se arbeiteten die Veterinärdienst-Mitarbeitenden in ihrer Freizeit, um für die Welpen neue Besitzer zu suchen. Nachträglich bezeichneten sie die Situation als «Horror». Die Welpenvermittlung habe das Amt während Wochen praktisch lahmgelegt. Die Schwierigkeit bestand darin, dass Herdenschutzhunde schwer vermittelbar sind, weil sie in Aufzucht, Sozialisierung und Betreuung hohe Anforderungen an den Hundehalter stellen.

se arbeiteten die Veterinärdienst-Mitarbeitenden in ihrer Freizeit, um für die Welpen neue Besitzer zu suchen. Nachträglich bezeichneten sie die Situation als «Horror». Die Welpenvermittlung habe das Amt während Wochen praktisch lahmgelegt. Die Schwierigkeit bestand darin, dass Herdenschutzhunde schwer vermittelbar sind, weil sie in Aufzucht, Sozialisierung und Betreuung hohe Anforderungen an den Hundehalter stellen.

Positive Überraschung – aber nicht für lange

Der Veterinärdienst forderte M.B. auf, die Räume zu reinigen, Einstreu zu besorgen, Futtergeschirr zu installieren, die Tiere zu säubern und die Hundedatenbank Amicus zu aktualisieren.

Bei der nächsten Kontrolle, das war im Mai 2025, erlebten die Tierschutzbehörden auf dem Bodenhof eine positive Überraschung. Haus und Stall waren geputzt, der Tierbestand reduziert. Der Hof war «nicht wiederzuerkennen», berichteten Mitarbeitende. Es sei wie ein Wendepunkt gewesen, M.B. habe offensichtlich den «Schalter umgelegt». Im Team habe grosse Erleichterung geherrscht. Der Hof sei vorerst von der Risikoliste genommen worden.

Doch die Erleichterung währte nicht lange. Im Juli 2025 gab es wieder neue Meldungen, dass zahlreiche Welpen vorhanden seien. Die Halterin suche nach Personen, bei denen sie diese «verstecken» könne, so meldete es eine anonyme Person laut Bericht.

Damit konfrontiert, reagierte M.B. wiederum mit Ausflüchten. Es habe sich um ungewollte Deckungen gehandelt, die Tiere seien zeitnah nach Deutschland gebracht worden. In den Folgewochen kommunizierte M.B. gegenüber dem Veterinärdienst beinahe übertrieben offensiv. Regelmässig sandte sie unaufgefordert Informationen über die Unterbringung und Pflege der Hunde, über Pläne betreffend Hofbewirtschaftung, und sie stellte Fragen zu Tierarten und Betriebskonzepten – unterlegt mit Bildmaterial. Während des «Informationsoverflows», wie Mitarbeitende der Behörde es rückblickend nannten, spitzte sich auf dem Hof die Situation zu. Und diesmal sollte es im grossen Desaster enden.

ckend nannten, spitzte sich auf dem Hof die Situation zu. Und diesmal sollte es im grossen Desaster enden.

An dieser Stelle ist der Bericht grossflächig geschwärzt, doch der traurige Kerngehalt dessen, was in den ersten Novembertagen 2025 geschah, ist lesbar. Ein anonym Melder berichtete dem Amt für Landwirtschaft, er müsse auf dem Bodenhof eigentlich Hunde füttern, könne dies aber nicht, weil diese ihn angreifen würden. M.B. sei nicht dort, und es seien an die hundert frei laufende Hunde auf dem Areal, die sich teilweise gegenseitig angreifen und verletzen würden. Die Tiere hielten sich auf dem Gelände, im Stall und auch im Wohnhaus auf.

M.B. wies die Vorwürfe am Telefon zurück, sie füttere die Tiere zweimal täglich, keines sei krank oder zu dünn. Derweil gab es weitere Meldungen, und sie wurden immer schriller. Jemand drohte mit dem Einbruch der Medien und schickte schockierende Fotos. Der Anblick dieser Bilder habe im Veterinärdienst einen «Schock» ausgelöst, heisst es im Bericht: als ob man mit «100 gegen die Wand gefahren» sei.

Diesmal nahm der Veterinärdienst zwei Wildhüter und drei Kantonspolizisten mit. Ihnen bot sich ein Bild des Grauens. Überall habe Hundekot ge-

Schweizer Tierschutz zeigt Solothurner Kantonstierärztin an

Wegen des Falls Ramiswil hat der Schweizer Tierschutz die Solothurner Kantonstierärztin und ihren Vorgesetzten, den Chef des Amtes für Landwirtschaft, angezeigt. Das sagte Peter V. Kunz, Präsident des Schweizer Tierschutzes (STS), in einem Interview mit CH Media. Er wirft den beiden Angezeigten vor, sie hätten nicht rechtzeitig interveniert und stattdessen «mit der Tierhalterin geplaudert». Der Entscheid, sämtliche Hunde zu töten, sei zu rasch gefällt worden – «aus Bequemlichkeit», wie Kunz den Verantwortlichen vorwirft. Unter den Herdenschutzhunden seien viele Junge-tiere und Welpen gewesen, die noch sozialisierbar gewesen wären. (SZ)



«Werden Tiere unter sehr gravierenden Umständen gehalten, könnte sogar direkt ein Tierhalteverbot erlassen werden.»

Marie-Lou Laissue
Tierrechtsexpertin

legen, verletzte Tiere mit Blutspuren seien im Garten, im Haus, im Estrich und in verschiedenen Zwingern gewesen. Im Estrich hätten sich Welpen ohne Wasser aufgehalten, steht im Bericht. 122 Hunde waren auf dem Hof, 43 Pferde und 2 Ziegen. Der Veterinärdienst entschied sich, sämtliche Hunde einzuschläfern. Die Pferde und Ziegen wurden an einen «geeigneten Ort» gebracht.

Laut CH Media berichteten Augenzeugen von «cowboyhaften Szenen» während der Massentötung. Tierärzte hätten einzelne Hunde kreuz und quer über den Hof gejagt, manche seien in Panik geraten, als sie den Tod ihrer Artgenossen mitbekamen. Zuerst hätten die Beamten Futter mit Betäubungsmitteln ausgelegt, dann die Tiere teilweise mit Schlingen eingefangen und mit Giftspritzen getötet. Zwei der Hunde flüchteten in den Wald, wo sie von einem Polizisten erschossen wurden.

Schon die 14 Welpen waren im Frühling 2025 kaum vermittelbar gewesen, erst recht sah der Veterinärdienst keine Möglichkeit, für 122 Herdenschutzhunde geeignete Halter zu finden. 56 von ihnen waren ausgewachsen, 46 Junghunde und 20 Welpen.

Im Bericht heisst es, eine Person, die beim Veterinärdienst arbeitet, sei erschüttert und wütend gewesen darüber, dass M.B. die Behörde monatelang «verarscht» habe. Eine an der Hof-räumung beteiligte Person bezeichnete später das Erlebte als «Super-GAU» und bewertete die Schwere das Falls auf einer Skala von 1 bis 10 mit einer «12». Es sei ein totaler Schock gewesen.

Heute wird der abgelegte Hof im Solothurner Jura nicht mehr bewohnt, Stallungen und Zwingeranlagen stehen leer, wie die Staatskanzlei Solothurn auf Anfrage mitteilt. Nur die zum Hof gehörenden Wiesen würden von einer nicht am Fall beteiligten Person genutzt, aktuell würden auf den Wiesen einige Pferde gemössert.

Wo M.B. heute ist, weiss man offiziell nicht. CH Media berichtete, sie sei im Ausland. Das Verfahren werde nicht nur gegen sie, sondern auch gegen drei Männer aus ihrem Umfeld geführt. M.B. habe im Verfahren gesagt, sie habe den Hof aus Angst vor Tötlichkeiten verlassen und habe sich deshalb nicht um die Tiere gekümmert.

Nach dem Fall Ramiswil erschienen Medienberichte über die Frau, die eine andere Seite zeigten als die früheren Porträts. SRF sprach mit mehreren Personen, die mit M.B. zusammenge-arbeitet hatten, etwa im Pferdehandel oder bei der Unterbringung von Pferden. Sie sahen sich von ihr getäuscht.

M.B. war für eine Stellungnahme für diesen Artikel nicht erreichbar. Als der Solothurner Veterinärdienst am 6. November den Hof räumte und 122 Hunde einschläferte, generierte er gleichentags Auszüge aus der Hundedatenbank Amicus. Der Bodenhof von M.B. wies 25 Hundehaltungen aus. Es sei das «endgültige Plätzen der Lebens-lügelase» von M.B. gewesen, sagte eine Mitarbeiterin später bei der Unter-suchung.

M.B. erfuhr am 6. November telefonisch, dass ihre Tiere beschlagnahmt werden. Sie teilte mit, sie wolle sich rechtlich dagegen wehren.

«Strategisch ungeschickt»: US-Abenteuer des Schweizer Armeechefs sorgt für Ärger

Partnerschaft mit Nationalgarde Benedikt Roos feiert in Colorado eine neue Kooperation – doch in Bern stösst er auf ungewöhnlichen Widerstand: Politiker aus SP und SVP wollen das Projekt stoppen.

Armeechef Benedikt Roos fliegt Ende Juli in die USA, um die Kooperation der Schweizer Armee mit der Nationalgarde des Bundesstaates Colorado zu besiegeln. Zum Programm gehören ein Treffen mit Gouverneur Jared Polis, Gespräche mit Vertretern der Nationalgarde und der Besuch eines Flugtrainings. Zu Gast sind auch Callista Gingrich und ihr Ehemann Newt. Die US-Botschafterin in Bern zieht mit ihrem Outfit – einem Fliegeroverall mit auffälligem Namensschild – die Blicke auf sich und dokumentiert den Besuch fleissig auf der Plattform X, wo sie die «starke Beziehung» der beiden Länder betont.

Doch hierzulande hält sich die Begeisterung in Grenzen. Der von US-Präsident Donald Trump angezeigte Zollstreit sorgt für Unmut und wirkt sich auf die Partnerschaft mit Colorado aus. «Trump piesackt die Schweiz auf allen Ebenen und setzt die Nationalgarde gegen die eigene Bevölkerung ein», sagt SP-Ständerätin Franziska Roth. «Unter diesen Umständen brauchen wir keine militärische Zusammenarbeit.» Die Armee solle sich besser mit den europäischen Partnern austauschen: «Nur das bringt uns etwas.»

Sorge um die Neutralität Gemäss Absichtserklärung wollen die Schweiz und Colorado in den Bereichen Cybersicherheit, Welt-raum, Schutz von kritischer Infrastruktur, Sanität und Logistik kooperieren. «Die Partnerschaft dient der Ausbildungszusammenarbeit und ermöglicht der Schweizer Armee, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken», schreibt die Armee in einer Mitteilung.

Allerdings kommt auch Kritik von rechts. «Die Armee setzt ein falsches Signal», sagt SVP-Nationalrat Michael Götze. «Die USA sind nicht mehr der verlässliche Partner von früher.» Vor der Abstimmung über die Neutralitätsinitiative sei das Vorgehen «strategisch ungeschickt». Ein Austausch stört Götze nicht. Es sei gut, habe sich der Armeechef ein Bild vor Ort gemacht. «Partnerschaftsverträge gehen jedoch zu weit», sagt der SVP-Verantwortliche für Sicherheitspolitik. Der Nutzen von gemeinsamen Übungen sei überschaubar. «Ich hoffe, dass dies die Armee selbst ein-sieht. Ein Ausstieg aus diesem Engagement wäre ohne weiteres möglich.»

Unterstützung bekommt die Armee aus der Partei von Verteidigungsminister Martin Pfister. «Trump benimmt sich unmöglich», sagt Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun. Eine Partnerschaft mit europäischen Ländern sei einfacher erklärbar. Trotzdem habe die Armee nachvollziehbar dargelegt, warum es die Zusammenarbeit mit Colorado brauche. Diese war bereits Thema in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats. Auf den unteren Ebenen funktioniere der Austausch mit den USA immer noch gut, sagt Barandun. «Wir sollten diese Beziehungen aufrechterhalten.» Dies könne helfen, Türen zu öffnen.

Adrian Schmid



Gut gelaunt in Colorado: Der Armeechef Benedikt Roos ist bei einem Flugtraining der Nationalgarde dabei. Foto: Screenshot Instagram